

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Wirtschaftskonferenz statt Europarat?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) :  
Wirtschaftskonferenz statt Europarat?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv,  
Hamburg, Vol. 31, Iss. 8, pp. 10-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131354>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Wirtschaftskonferenz statt Europarat?

Ein Delegierter des Europarates berichtet von der Tagung des Wirtschaftsausschusses des Europarats Ende Juli unter Vorsitz von Paul Reynaud.

Über den Erfolg oder Mißerfolg internationaler Institutionen und Konferenzen entscheidet der Realismus der Zielsetzung und der Tagesordnung ebenso wie der gute Wille der Teilnehmer. Der Europarat in Straßburg wälzt seit seinem Bestehen Projekte, deren Realisierung Europa aus seinen knarrenden Angeln heben müßte. Aber in keinem der wirtschaftspolitischen Tagesordnungspunkte kann der Europarat die Initiative ergreifen, wo sie nicht bereits von anderen internationalen Konferenzen und Institutionen ergriffen worden wäre.

### Transportbehörde

Der Vorschlag einer „europäischen Transportbehörde“ fand bei den Delegierten keine Gegenliebe, weil er als Pendant zum Schuman-Plan einer „Hohen Transportbehörde“ Vollmachten der Transportlenkung überträgt, ohne vorher und im einzelnen festzulegen, welche Politik eine solche Behörde zu betreiben hätte. Über die zu ergreifenden praktischen Maßnahmen der Verkehrslenkung herrschten keine klaren Vorstellungen, deshalb lehnten insbesondere die Vertreter derjenigen Länder ab, die wie England und Skandinavien auch dem Schuman-Plan keine Blankounterschrift gegeben haben.

Eine Ersatzlösung sah vor, eine europäische Straßenverkehrskonferenz einzuberufen. Aber die Initiative hierzu war längst vorher von der ECE. ergriffen worden. So einigte sich die Mehrheit darauf, die Gründung eines Europäischen Transportinstituts vorzuschlagen. Selbst bei diesem bescheidenen Vorschlag schloß man die Diskussion über die europäische Seehäfen-Konkurrenz aus, weil sie zuviel Sprengstoff enthält. Andererseits ignoriert man durch diesen Vorschlag die Tatsache, daß bei der Eisenbahn und für den Hauptbinnenschiffahrtsweg Rhein bereits seit dem vorigen Jahrhundert gut funktionierende internationale Verträge und laufende Konferenzen bestehen und die ECE. die Verkehrsprobleme seit Jahren bearbeitet.

### Zoll- und Währungsunion

Noch unrealistischer war der Vorschlag einer „europäischen Zoll- und Währungsunion“, einem Schuman-Plan für den Handel. Denn seit Jahren sind durch die beteiligten Regierungen mit Unterstützung der OEEC. Verträge über die Liberalisierung des Handels und eine „Europäische Zahlungsunion“ (EZU) geschlossen worden. Allerdings funktioniert dieses System wegen der ungleichen Wirtschaftskraft der angeschlossenen Länder nur mangelhaft, wie der deutsche Liberalisierungsstopp zeigt. Besonders England und Frankreich üben durch ihre rohstoffreichen Überseegebiete einen starken Importdruck auf Europa aus, ohne ausreichende Möglichkeiten zur Lieferung entsprechender Fertigwaren in diese Gebiete zu geben.

Auch die Zollverhandlungen in Torquay erfüllten nicht alle Hoffnungen; besonders Skandinavien und Benelux mit ihren niedrigen Zollsätzen erhofften massive Zolllenkungen der Hochschutzzollländer, besonders Englands und Frankreichs. Dagegen bevorzugten aber Frankreich mehr durch Verwaltungsmaßnahmen, England durch sein Zollsystem ihre überseeischen Gebiete.

Diese ungenügenden Zollvereinbarungen haben die europäischen Teilnehmerländer der Torquay-Konferenz veranlaßt, eine europäische Zollkonferenz vorzubereiten, um zu versuchen, untereinander weitere Zollbegünstigungen zu erreichen.

Diese Regierungskonferenzen sind zwar voller Schwächen — eine Folge des nationalen Egoismus der souveränen europäischen Staaten —, aber sie stecken die Grenzen der heutigen Bereitschaft zur Zusammenarbeit ab. Nicht durch Pläneschmieden, sondern durch Ausweitung der vorhandenen Verständigungsmöglichkeiten sind Fortschritte zu erzielen.

### Vollbeschäftigung

Als dritten Punkt hatte der Ausschuß das Problem einer „europäischen Vollbeschäftigungspolitik“ auf seiner Tagesordnung. Diesem Prinzip wurde mit auffallender Einmütigkeit vom Plenum des Europarats zugestimmt, nur ein halbes Dutzend italienischer Liberaler stimmten konsequent dagegen. Aber man hat hierüber bisher nur unverbindliche Sprüche gewechselt, denn eine solche gemeinsame Wirtschaftspolitik setzt natürlich voraus, daß man alle anderen strittigen Maßnahmen bereits aufeinander abgestimmt hat. Schon 1949 hat die UNO. ein Vollbeschäftigungsprogramm für die ganze Welt vorgelegt, ohne die einzelnen Länder zu dieser Politik zwingen zu können. Über die Annahme der Grundsätze dieses Programms ist auch der Europarat nicht hinausgekommen. Weder bei uns noch in Italien ist Wirksames gegen die Massenarbeitslosigkeit unternommen worden.

Die einzigen Träger internationaler Vereinbarungen — seien sie zwei- oder mehrseitig — sind nach wie vor die nationalen Staaten. Die Versuche, Vertreter der nationalen Parlamente zu einem übernationalen Parlament in Straßburg zusammenzufassen mit der Aufgabe, die traditionellen internationalen Beziehungen der souveränen Regierungen über Bord zu werfen und durch eine übernationale Regierungsinitiative des Europarats zu ersetzen, sind fehlgeschlagen. Denn die Abgeordneten der einzelnen Länder sind nicht besser — und nicht schlechter — als ihre Regierungen. Der einzige Weg, auf dem bisher bescheidene Erfolge erzielt worden sind, ist die Zusammenarbeit der europäischen Regierungen in den Organisationen der OEEC., ECE. und dem GATT. Dieses Nebeneinander ist teilweise eine Folge der Kriegs- und Nachkriegs-

politik. Der ECE, als einem Organ der UNO, gehört Deutschland nicht an, dagegen osteuropäische Staaten, die nicht zur OEEC, gehören. Österreich und die Schweiz gehören nicht zum Europarat; dem GATT, dagegen gehören Länder aus aller Welt an. Deshalb kann keine Organisation allein die Aufgaben übernehmen.

### *Europäische Wirtschaftskonferenz*

Die Zusammenarbeit muß ausgebaut und verbessert werden, indem die zum Teil nebeneinander laufenden Organisationen unter einer einheitlichen Leitung zu einer europäischen Wirtschaftskonferenz zusammengefaßt werden. Andererseits sollte man den eingeschlagenen Weg, die Abgeordneten der nationalen Parlamente in die internationalen Verhandlungen ein-

zuschalten, nicht wieder verlassen. Denn die traditionellen diplomatischen Beziehungen und Konferenzen der Regierungen reichen heute nicht mehr aus, um die Verantwortung für die Zusammenarbeit Europas zu tragen. Die europäische Wirtschaftskonferenz sollte deshalb aus einem vertragschließenden Ausschuß der Regierungsvertreter und einem politischen Beratungsausschuß von Abgeordneten der Parlamente der beteiligten Länder bestehen.

Mehr zu fordern, ist im Augenblick ein schöner Traum, der verhindert, das Wenige durchzuführen, das sofort getan werden muß. Wenn der Europarat diese Selbstbescheidung nicht aufbringt, geht er an seiner eigenen Überheblichkeit zugrunde und macht sich zum Gespött der Gegner der europäischen Zusammenarbeit.

## Konkurrierende Aufgaben der Währungs- und Kreditpolitik

### Knapphaltung des Kreditgürtels

In dem Monatsbericht der Bank deutscher Länder vom März dieses Jahres werden die Maßnahmen zur selektiven Kreditrestriktion — Einengung des Geldvolumens um etwa 1 Mrd. DM — als vorübergehend bezeichnet. Hauptaufgabe der Währungs- und Kreditpolitik in der Gegenwart und der nächsten Zukunft soll nicht eine allgemeine Kreditrestriktion sein, sondern die „Knapphaltung des Kreditgürtels“ bei dem derzeit erreichten Umfang des Geldvolumens von fast 30 Mrd. DM. Unbeschadet aller Anforderungen, die an das Geld- und Kreditsystem gestellt werden, soll die DM eine harte Währung bleiben. Nicht ein schwacher bzw. absinkender DM-Kurs soll zu erhöhten Exporten anreizen, sondern exportgünstige, streng kalkulierte Preise bei fester internationaler DM-Relation zu anderen Währungen sollen exportfördernd wirken. Für eine Wirtschaft, die wie die westdeutsche, hart an den Engpaßzonen und zum Teil schon innerhalb der Engpaßzone produziert, die sehr importabhängig ist und für ihre Importe überhöhte Weltmarktpreise bezahlen muß, heißt das nichts anderes, als daß im Außenhandel die Austauschbedingungen ungünstig bleiben und sich unter Umständen sogar noch zu verschlechtern drohen. Die Importverteuerungen und die Kostenerhöhungen infolge des Produzierens an bzw. in der Engpaßzone müssen durch Reallohn-senkungen ausgeglichen werden,

wobei der knappe Kreditgürtel alle Tendenzen ersticken soll, die darauf hinauslaufen, die Reallohnverschlechterungen durch Lohn-erhöhungen auszugleichen und die steigenden Lohnkosten wieder mit Preiserhöhungen zu kompensieren.

Voraussetzung, daß eine solche Politik des knappen Kreditgürtels getrieben werden kann, ist, daß die allgemeine Linie der Notenbankpolitik nicht durch Sonderaktionen gestört wird. Eine weitherzigere Behandlung der Kreditwünsche bei der Außenhandelsfinanzierung wird in keinem Falle zu vermeiden sein. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch die Kreditwünsche der Wirtschaft dringlicher werden, und solche Tendenzen können durch die kommenden erhöhten Steuerbelastungen noch verstärkt werden. Vor allem aber werden bereits heute umfangreiche zusätzliche Ansprüche auf Vorfinanzierung von Investitionsaufgaben angemeldet, Ansprüche auf Grund der Nachholungsinvestitionen in den Grundstoffindustrien und auf Grund der „mandatorischen Aufträge der Besatzungsmächte“.

Da die Investitionsquote heute bereits einen Höhepunkt erreicht hat, ist kaum damit zu rechnen, daß die durch die gegenwärtige Periode der Hochbeschäftigung erforderlichen Neuinvestitionen der Grundstoffindustrien durch zusätzliche Investitionen aufgebaut werden können. Es muß vielmehr eine Umlagerung von Investitionen an-

gestrebt werden. Die verarbeitenden und konsumnahen Wirtschaftszweige sollen deshalb in Westdeutschland Neuinvestitionen und darüber hinaus eventuell sogar Ersatzinvestitionen einschränken. Die so frei werdenden Investitionsmittel aber sollen in die Grundstoffindustrien umgelagert werden.

Das sollte ursprünglich durch den Abs-Plan und dann durch den Wuppertalplan geschehen. Es soll heute das Ergebnis der im Entstehen begriffenen Gemeinschaftsaktion der westdeutschen Wirtschaft sein. Der sogenannte Gemeinschaftsausschuß der Wirtschaft hat dazu den Aufbringungsplan für die Grundindustriemilliarde ausgearbeitet (Investitionsumlageplan). Im Zusammenhang mit dieser Planung wird eine weitgehende Vorfinanzierung der Nachholungsinvestitionen in den Grundstoffindustrien gefordert, eine Vorfinanzierung durch die Kreditbanken mit entsprechenden Rückgriffmöglichkeiten auf die Zentralbank; denn die originären Investitionsmittel werden natürlich nicht sofort bei Planbeginn im ganzen anfallen, sondern sie werden erst nach und nach zur Verfügung stehen.

Nun ist gewiß: Der verstärkte Investitionsbedarf der Grundstoffindustrien für Nachholungsinvestitionen und der Besatzungsmächte für verstärkte „mandatorische Aufträge“ kann bei der derzeitigen Produktions- und Versorgungslage der deutschen Industrie kein zusätzlicher Investitionsbedarf sein.